

Schrumpf-Demokratie

Aus Geldmangel und Verbitterung wird aus den Wochen zur Demokratie ein Wochenende der Demokratie – Wie es dazu kam

In ihrer kurzen Geschichte haben es die Wochen zur Demokratie in Passau zu einiger Berühmtheit und zu mehreren Preisen gebracht, von der Initiative „Das gute Beispiel“ des BR bis zur Bundeszentrale für politische Bildung. Zu Hause in Passau, wo das Festival zur Förderung von politischer Partizipation und Pluralismus seit 2019 stattfindet, erfahren die Veranstalter nicht immer die Wertschätzung, die sie gerne hätten. Finanziell wie ideell. Aus beiden Gründen schrumpfen die Wochen zur Demokratie 2023 zu einem Wochenende der Demokratie.

Anstatt 5000 Euro habe die Stadt 500 Euro zugesagt

Um die Lage angemessen zu beschreiben, ist ein Blick auf die Finanzen wie auch auf die Emotionen hilfreich: Drei Jahre lang, von 2019 bis 2021, bekamen die Wochen zur Demokratie jeweils 5000 Euro Förderung von der Stadt Passau, genauer gesagt aus den Dispositionsmitteln des Oberbürgermeisters, über die dieser persönlich entscheiden kann. 2000 Euro gab der Landkreis Passau, rund 3000 Euro des Gesamtbudgets von ca. 10 000 Euro akquirierten die Veranstalter nach eigenen Angaben von Unternehmern und privaten Unterstützern sowie über Preisgelder. Letztes Jahr kam es dann zu einer einschneidenden Veränderung: Anstatt 5000 Euro habe die Stadt 500 Euro zugesagt, kurz vor Beginn der rund 30 Veranstaltungen. „Wir sind davon ausgegangen, dass die Stadt und in der Folge der Landkreis denselben Beitrag leisten wie zuvor – dann kam die Reduzierung des Zuschusses der Stadt um 90 Prozent“, sagt Kulturwissenschaftler Winfried Helm aus dem Vorstand



Enttäuscht von der Stadt Passau: Winfried Helm und Ruth Geiger von den Wochen zur Demokratie. Die Stadt spricht dagegen von einem stets guten Austausch mit der Initiative.

– Foto: Meisenberger

der Wochen zur Demokratie. „Man hat gemerkt, es stimmt irgendwas nicht mehr“, ergänzt seine Vorstandskollegin, Montessori-Lehrerin und Grünen-Mitglied Ruth Geiger.

Hatten zu Beginn der Veranstaltungsreihe noch gemeinsame Presseterminen im Rathaus stattgefunden, so hätten den Wochen zur Demokratie plötzlich Räume in städtischer Verwaltung wie Leopoldinum-Aula, Redoute und Kulturmodell nicht mehr zur Verfügung gestanden. Auch die „Insel der Demokratie“ im öffentlichen Raum am Unteren Sand sei nach

Lokalterminen mit städtischen Ämtern vonseiten der Stadt nicht mehr möglich gewesen. Dreimal habe der Verein schriftlich um ein Gespräch mit Oberbürgermeister Jürgen Dupper (SPD) gebeten, dreimal habe man keine Antwort erhalten.

Womit die Ebene der Emotion erreicht wäre. Die Veranstalter hegen die Vermutung, dass der Ursprung einer Verstimmung bei der Auftaktveranstaltung des Festivals 2021 zu suchen ist. Damals hatten sich in je drei Minuten im Cineplex verschiedenste Initiativen vorgestellt, Amnesty Interna-

tional war ebenso vertreten wie Gerhard Bruckners integratives Theater, die solidarische Landwirtschaft „Vereinte Wurzelwerke“ ebenso wie das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung.

Dieses kritisierte auf der Bühne den OB, weil nach Stadtratsbeschluss am Klinikum Passau Abtreibungen verboten sind. Der Passauer Stadtrat Jonas Weiden-thaler (Junge Union, Zukunft Passau) und der Bürgermeister von Neuhaus, Stephan Dorn (CSU), kritisierten die Veranstaltung als „einseitig“ und von der Partei der Grünen dominiert und setzten

sich bei OB und Landrat gegen eine weitere Förderung ein.

Als im Herbst 2022 schließlich die Grünen (quasi als Ersatz für die entfallenen Dispositionsmittel des OB) eine Förderung von 5000 Euro aus dem städtischen Haushalt für das Festival beantragten, sahen sich die Veranstalter der Wochen zur Demokratie im Stadtrat konfrontiert mit heftigen Vorwürfen seitens der SPD, die bis hin zur Veruntreuung von Fördergeldern reichten – was der Verein zurückwies und entkräftete. Bei dem strittigen Posten im Antrag sei es ausschließlich um Sachkosten gegangen, niemand im Verein habe für hunderte Stunden ehrenamtliche Arbeit einen Cent in Rechnung gestellt.

Die Verstimmung dauert an bis heute. Gespräche zwischen Veranstaltern und den Politikern haben bis heute nicht stattgefunden. Der Frust sitzt tief. „Wir haben dreimal angefragt, es war nicht der Wille da, mit uns zu kommunizieren im letzten Jahr“, sagt Winfried Helm von den Wochen zur Demokratie, die sich explizit als parteifreie Plattform verstehen. „Wenn man so düpiert, fast vorgeführt wird, sind wir der Ansicht, wir versuchen es mal ohne.“ Die Folge: schmales Budget und ein Schrumpf-Festival der Demokratie.

Die Sicht der Stadt Passau auf den Vorgang ist freilich eine gänzlich andere. Beim Zuschuss der ersten drei Jahre habe es sich gehandelt um „Spendengelder, die der Oberbürgermeister vermittelt hat“, um dem Vorhaben „schnell und unkompliziert auf die Beine zu helfen“, schreibt Sprecherin Maria Proseke auf Anfrage unserer Zeitung. Mittlerweile hätten sich die Wochen zur Demokratie so gut profiliert, dass „nach Abstimmung mit dem Landkreis eine reguläre Förderung vorgesehen ist“.

Eine Höhe dieser „vorgesehenen“ Förderung ist im Statement der Stadt nicht genannt.

Zu einer möglichen persönlichen Verstimmung zwischen den Veranstaltern und dem OB schreibt Sprecherin Maria Proseke: „Die Stadt Passau stand mit den Verantwortlichen der Wochen zur Demokratie stets in einem guten Austausch. Dass der Oberbürgermeister nicht jede Gesprächsanfrage selber wahrnehmen kann, liegt in der Natur der Sache. In dem von Ihnen genannten Fall stand der Kulturreferent zuständigkeitshalber als kompetenter Vertreter zur Verfügung.“

Eine interessante Übung in angewandter Demokratie

Wie allerdings das Budgetproblem der Wochen zur Demokratie konkret behoben werden und das Vertrauensverhältnis der Vereinsvertreter zur Stadt geheilt werden kann, wird eine interessante Übung in angewandter Demokratie. Vorerst beginnt das Wochenende zur Demokratie dieses Jahr geschichtsträchtig am 9. November – Datum der gescheiterten Märzrevolution 1848, der Progromnacht 1938 wie des Mauerfalls 1989 – und endet am 11. November. Auf dem Programm stehen u.a. der Dokumentarfilm „Klänge des Verschweigens“ über den Unterhaltungsmusiker Wilhelm Heckmann, der wegen seiner Homosexualität 1937 in Passau verhaftet und ins KZ Dachau gebracht wurde, eine Fotoausstellung zur Pressefreiheit und mehrere Gesprächsformate.

Raimund Meisenberger

Info: wochen-zur-demokratie.de